

Claudia Kiosze

KV- Mülheim an der Ruhr

Kandidatur für den Listenplatz 11 der NRW Landesliste des DEUTSCHEN BUNDESTAGES



Meine Arbeitsschwerpunkte, für die ich mich im Bundestag einsetzen würde, wären Frauenpolitik / Familienpolitik / Rentenpolitik:

Seit weit über 30-ig Jahren sind Frauen überproportional von ARMUT betroffen. Und zum jetzigen Zeitpunkt konstatieren wieder einmal Experten, dass Frauen insbesondere auch im Alter von ARMUT betroffen sein werden! Die Geschlechterungerechtigkeit wird "ausgesessen" - patriarchale Strukturen segmentieren gesellschaftliche Strukturen und verfestigen das traditionelle Geschlechterverhältnis, durch schlechte Löhne, auch explizit frauendominierter Berufsbranchen sowie unzeitgemäßer Arbeitszeiten, und daneben forcieren ökonomische Disparitäten die Gewaltverhältnisse, nicht zuletzt durch geschlechtsspezifisch diskriminierende Renten, die die realen Lebensarbeitszeitleistungen von Frauen nicht adäquat als Bezugsvariablen verrechnen.

Die Familienministerin der CDU/SPD-Regierungskoalition konzipiert kürzlich ein Auskunftspflichtgesetz, das Unternehmen ab 200 Mitarbeitern dazu verpflichtet, eine Auskunft über die Löhne der Mitarbeiter_innen zu geben. Was bedeutet das für eine Herstellung zur Lohngleichheit? "Nichts!" Mit einem Gesetz, das Unternehmen zu einer Auskunftspflicht über die gezahlten Löhne verpflichtet, ist noch keine Lohngleichheit hergestellt!

Eine gerechtere Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsarbeit steht weiterhin auf der AGENDA der Frauen-und Familienpolitik, hin zu einem solidarischen und friedlichen Leben.

Deutschland eine alternde Gesellschaft? Warum?

Nach dem Statistischen Bundesamt nimmt die Bevölkerung Deutschlands stetig ab, von etwa 82 Millionen Menschen auf unter 70 Millionen. Der Rückgang der Bevölkerung und die Alterung der Gesellschaft sind parallel verlaufende kohärente Prozesse und führen zum Demographischen Wandel der Zivilgesellschaft Deutschlands.

Demzufolge soll sich bis Jahr 2050 wie folgt entwickeln:

- die Zahl der Kinder-und Jugendlichen um 30 % sinken, von jetzt in etwa 17 Millionen auf 12 Millionen
- die Gruppe der 20 - 60-Jährigen von etwa 45 Millionen 35 Millionen

- die Wachstumsquote der über 60 -Jährigen soll auf 28 Millionen steigen.
- Die Hochbetagten sollen sich in etwa verdreifachen.

Die Hälfte der Bevölkerung wird dann prognostisch älter als 48 Jahre alte sein.

Von 100 der heutige über 60-Jährigen sind mehr als die Hälfte Frauen, und bei den Hochbetagten sind es in etwa 73 %.

Es wird eine Zunahme der Alleinlebenden prognostiziert, so auch die der Migrant_innen.

Finanzpolitik:

Die Finanzpolitik ist in sofern für die Frauenpolitik relevant, da als sie grundgesetzlich den Rahmen für die Bewilligung staatlicher Ausgaben regelt. In Art.112 GG, werden überplanmäßige und ausserplanmäßige Ausgaben geregelt, die der Zustimmung des Bundesfinanzministers bedürfen, während in Art. in Art.113 vorgeschlagene Ausgaben durch die Bundesregierung und eine Erhöhung des Haushaltsplanes vorsehen oder neue Ausgaben bedeuten, müssen durch die Bundesregierung genehmigt werden, gleiches gilt für Ausgaben, die, die in der Zukunft zu realisieren wären.

Und in Art. 3 GG steht, dass der Staat die **tatsächliche** Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu fördern hat und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken hat.

Wir brauchen in Deutschland eine Finanztransaktionssteuer, um die weltweiten Kapitalmärkte zu regulieren und eine Neuordnung der EUROPÄISCHEN UNION, neuer europäischer Gesetze und einem Umdenken wirtschaftlicher Interessen, die sich immer neue Wege auf dem Kapitalmarkt zu suchen scheinen, um ihrer Profit-und Renditeziele nachzugehen.

Die Diskriminierung der Geschlechter resultiert aus der permanenten sozialen Ungleichheit aller gesellschaftlicher Lebensbedingungen und Rahmenbedingungen Deutschlands und findet Ausdruck in der "Zuweisung finanzieller Ressourcen - ein "bevormundender, rechtsstaatliches hoheitliches Verwaltungshandeln."

Mit hunderten von Milliarden wurden mit dem ESM Rettungsschirm die systemrelevanten Banken gerettet und Versicherungskonzerne, die Hedgefonds und die Finanzinvestoren profitierten während permanente Sozialkürzungen der Haushaltsbudgets von Länder und Kommunen auf der Tagesordnung stehen und das europaweit.

Die Griechische Regierung hat noch bis in nachfolgende Generationen unter den Lasten der aufeinander folgenden Troika- Memoranden und Kürzungsprogrammen die Konsequenzen zu tragen. Seit dem Ausverkauf Griechenlands ist die Morbiditätsrate um ein Vielfaches angestiegen. Es ließe sich durchaus auch als einen latenten, subtilen "Völkermord" der griechischen Bevölkerung bezeichnen.

Die Trioka bestehend aus der EU-Kommission, des IWF und der EZB einvernehmlich handelnd mit den Akteuren des internationalen und griechischen Kapitals, um strategisch das öffentliche Eigentum und den Dienstleistungssektor zu privatisieren ist signifikant für das inhumanitäre Verwertungsprogramm und Sozialstandardsabbauprogramms der internationalen weltweiten globalen Ökonomie, bei dem die Gewerkschaften nur das Nachsehen haben.

Rüstungspolitik:

Der Kapitalismus beinhaltet eine lebensfeindlichen Gesellschaftsform, die sich gegen die vielfältigen Lebensinteressen der Menschen wendet. Insbesondere Frauen sehen sich dabei aufgefordert, dieser alle bedrohenden Rüstungspolitik entgegenzutreten, bei der Milliarden Euro gesellschaftlich fehlinvestiert werden, "bei dem Geschäft mit dem Tod!"

Deutschland steht mit seinen Waffenexporten an 4. Stelle der Weltrangliste der Rüstungsexporteure.

Deutschland hatte in der Vergangenheit für 83 Millionen Euro Waffenlieferungen an Gaddafi genehmigt und geliefert, hatte mit dem britischen und amerikanischen sowie deutschen Geheimdiensten kooperiert und nach einer nicht nachvollziehbaren Meinungsänderung Gaddafi dann weggebombt, wobei das exemplarisch für Interessenskollisionen westlicher Industriestaaten ist und widersprüchlich und konträr zu den Friedensbestrebungen deutscher Außenpolitik steht.

Dass in den Nahen Osten unkontrollierte Waffenlieferungen durch Deutschland genehmigt werden und an die falschen Adressaten gelangen, "und die Brandherde permanent aufrechterhalten werden und Milliarden deutscher Steuergelder verschlingen," ist nur die logische Schlußfolgerung und damit

unverantwortlich, indem die HUMANITÄT instrumentalisiert wird, zu notwendigen und unerlässlichen militärischen Kriegsoperationen der NATO lanciert werden, ob mandatiert oder eben nicht, so wie in Afghanistan!

Heute, im Jahr 2017, werden Flüchtlinge aus Syrien, die in Deutschland Asyl gesucht haben, zurück nach Kabul geschickt, das völlig zerbombt wurde, auch von Deutschland!

Und neben den profitablen Rüstungsgeschäften, die Deutschland in großem Maße weltweit betreibt, sind es die ökonomischen Interessen, die wahren Hintergründe, die hinter den "vermeintlichen zwingend notwendigen Interventionskriegen" stehen.

Griechenland finanziert mit 2,8 % ihres Bruttosozialproduktes den größten Anteil an der Rüstungsausgaben ihrer wirtschaftlichen Leistung und steht damit an 2. Stelle der Weltrangliste für Rüstungsausgaben.

Bevor Griechenland der Eurozone beigetreten war, hatte Griechenland, Deutschland mit einem Großauftrag an Rüstungsgütern beauftragt und hätte eigentlich zum damaligen Zeitpunkt der Eurozone gar nicht beitreten dürfen, da das Land den damaligen Stabilitätspakt und Wirtschaftspakt, mit den zu erfüllenden Konvergenzkriterien, der 3 % Verschuldungs- und Staatsdefizitquote nicht vorweisen konnte, laut Maastrichter Vertrag, der bereits 1992 geschlossen wurde. Durch geschickte Haushaltsmanipulationen erfüllte Griechenland die Konvergenzkriterien und die Eu-Staaten votierten für den Beitritt Griechenlands zur Eurozone, schon aus purem Eigeninteresse, allen voran deutscher Staatsinteressen, das folgenswer für Griechenland war, der damals ohnehin desaströsen, wirtschaftlichen defizitären Haushaltslage und manövrierte Griechenland letztlich sukzessiv in die Privatisierungsfalle.

Zu meiner Biographie:

- **beruflicher Werdegang:**

- Dipl.-Erziehungswissenschaftlerin, **Dipl.-Arbeit: "Zum Ehrenamt in der stationären Altenpflege"**
- Dipl.-Sozialarbeiterin: **Dipl.-Arbeit: "Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND von 1949 - 1989,"** (der Wende)
- Staatl.-anerk.-Erzieherin, **Examensarbeit: "Zur Integration eines aggressiven Kindes in die Kindergartengruppe"**
- Sozialtherapeutin
- ÜL-Lizenz für den Breitensport

- **Zu meinen beruflichen Stationen:**

Kindertagesstätten, Hort, Privates naturwissenschaftliches-mathematische Internat Schloß Hagerhof in Bad-Honnef, konfessionelle Jugendheime, stationäre Jugendhilfe, OGS, Gymnasium

Mitarbeit im NIL (Netzwerk Interkulturellen Lernens) das mit einem NRW - Landes-Preis versehen wurde, **"Betreutes Wohnen junger Erwachsener"**

Leiterin eines Arbeitslosen-Zentrums, stationäre Altenhilfe,

Rede zum 1. Mai 1997, als Vertreterin der Oberhausener Arbeitslosen-Zentren

- **zu meinem hochschulpolitischen Engagement**

im AStA-Vorstand, allgemeine AStA-Arbeit, Leiterin des Referates Hochschulpolitik, Vertreterin des Wahlausschusses des Fachbereichs Religions- und Gemeindepädagogik, Konvent, Senatsarbeit: Mitglied im Ausschuss für Projekte, Haushalt und Finanzen, Projekt: Studieren mit Kind, Aktionen gegen den Kosovo-Krieg, Diskussionsleitung einer hochschulpolitischen Veranstaltung gegen Kosovo-Krieg, Hochschul-Chor, Gestaltung von Hochschulgottesdiensten, Redakteurin/Redaktionsausschuss des Fraueninfos der Fachhochschule

- Ich verstehe mich als bekennende **Christin**

- **zum ehrenamtlichen Engagement:**

- Frauengruppe in Mülheim, in der alten Fabrik: **Feministin**
- Erzieherin: ÖTV-Kreisfrauenausschuß für Erzieherinnen der Stadt Oberhausen, Ver.di,
- Regelmäßige Teilnahme an den Montagsdemonstrationen (etwa 2005 - 2009)

- **Persönliche Kontakte:**

Twitter / Facebook / ehem. Mitglied der Rosa-Luxemburg Stiftung NRW und Revisorin, Mitarbeit bei attac in Mülheim, der Community des Fußballs nahe stehend

- **Zu meinem politischen Engagement in unserer Partei DIE LINKE.:**

Gründungsphase der WASG der **M**(ülheim)**E**(ssen)**O**(berhausen) Gruppe -

Mitglied der WASG, Mitglied der PDS 2005, Mitarbeit bei dem nahestehendem Bildungsinstitut SALZ e.V., im Vorstand (2005) Mülheim/Ruhr: DIE LINKE.

Mitarbeit beim Landeswahlprogramm 2007, federführend verantwortlich für den Frauenaspekt und Mitarbeit für das Parteiprogramm: Präambel und Wirtschaft,

Mitarbeit in der Partei DIE LINKE., schwerpunktmäßig auf Landesebene, in Lag`s:

- 2007 Sprecherin der Lag-Tierschutz (nicht mehr)
 - Lag-Bildung/BAG-Bildung
 - Lag-Rechtsausschuß
 - Lag-Bedingungsloses Grundeinkommen und im Rat des Bedingungslosen
 - Grundeinkommens/ BAG-Bedingungsloses Grundeinkommen
 - Lag-Ökologische Plattform NRW,
 - Lag-Lisa: Lisasprecherin 2007 - 2009 /BAG-Lisa,
 - Lag- Selbstbestimmte Behindertenpolitik,
 - Mitarbeit im Arbeitskreis für Kinder-und Jugendpolitik,
 - Mitarbeit bei der Lag-Friedenspolitik,
 - Mitarbeit bei der Lag-Kommunalpolitik
 - Mitarbeit bei der Lag-Haushalt, Wirtschaft und Finanzen
 - AKL, der Antikapitalistischen Linken nahe stehend
-
- Seit 2009 : schreibe ich politische Songs, seit ich an einer Song-Wettbewerb unserer Partei teilnahm, wie :
 - "Umverteilen"
 - "Der gesetzliche MindestLohn" (2013) "DIE LINKE" - oder der "Hartz-Viero-Song"
 - "Das Kriegsspielzeug der Männer"- welch` ein Dilemma." (2014)
 - "Es ist des MENSCHENRECHT " (2011)
 - "WIR - sind DIE LINKE" (2014) "Die Zeit ist reif." (2015)
 - "Die Börsenbande"
 - "DIE LINKE. - fragt..."
 - "GRIECHENLAND hat es geschafft - und sein VOLK mobil gemacht"
 - "Das Freihandelsabkommen stoppen - kurz TTIP wird es genannt - und schafft einen ´großflächigen´ Sozialabbaubrand im ganzen Land!" (2016)
 - "Der Fußball-Rap" (2014)
 - Zweimal Kandidatin für den Clara-Zetkin-Preis, mit diesen politischen Songs, u.a. mit einem Musik-Projekt
 - Teilnahme beim Chor zu den Bundesparteitagen, in manchen Pausen

Kontaktaufnahme gern über

Email: courfjusto@outlook.com

